

Haushaltsplan 2022 und Investitionsprogramm - Stellungnahme der „UWG-FW“ Fraktion -

**Geschätzte Zuhörerinnen, Zuhörer und Gemeinderatsmitglieder,
sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gemeinde,
sehr geehrter Herr Bürgermeister Hick,**

Am 14.12.2021 wurde von Herrn Hick der Haushaltsplan für 2022 im Gemeinderat eingebracht und anschließend von unserem Kämmerer Herrn Burger die zentralen Punkte darin benannt und erläutert.

Auf Grundlage des „Haushaltserlass 2022“ und unter Berücksichtigung der „Steuerschätzung für Mai und September 2021“ (des Bundes) wurde ein Haushaltsplan erstellt, der mit all den enthaltenen Zahlen, Aufgaben und Projekten laut Herrn Hick "*leistbar und verantwortlich durchfinanziert*" ist.

Laut Herrn Burger werden wir für 2022 im **Ergebnishaushalt** mit einem Minus von ca. -514.000€ rechnen müssen. Dass es ein veranschlagtes Defizit geben wird, war zu erwarten.

Nach dem Abschluss der Vermögensbewertung der Gemeinde im vergangenen Jahr schlagen nun im doppischen Haushalt an dieser Stelle auch die „Abschreibungen“ zu Buche.

Ferner stellen steigende Personalkosten, Unterhaltungskosten für Gemeindeeinrichtungen und der Anstieg der zu zahlenden FAG-Umlage, also der Finanzausgleichs-Umlage und Kreisumlage hier weitere kostenintensive Aufwendungen dar. Außerdem fallen für die Vorbereitung der Bebauung Schulstraße und Untere „Schorteile V“ und für die Mehrfachbeauftragung Hindenburgstraße Kosten an.

Wir sind verpflichtet, Defizite im Ergebnishaushalt innerhalb 3 Jahre auszugleichen.

Daran müssen wir arbeiten. Das müssen wir im Blick behalten.

Es wäre eine nahliegende Lösung, in den kommenden Jahren dann die Steuern, also Grundsteuer A und B, Gewerbesteuer, Hundesteuer usw. und Gebühren zu erhöhen, um das Defizit rasch abzubauen.

Das darf aber nicht die Lösung sein. In den vergangenen 2 Jahren wurden bei fast allen Steuern und Gebühren, teilweise massive Erhöhungen durchgeführt.

Wobei wir von der UWG-FW, und das möchte ich hier nochmals betonen, Ende 2021 geschlossen gegen die Erhöhung der Gewerbesteuer gestimmt hatten.

Diese Erhöhungen erfolgten auch mit dem Ziel und der Hoffnung der Verwaltung, endlich einmal in den Genuss von Zuschüssen aus dem Ausgleichsstock zu kommen. Die Verwaltung will gegenüber dem Regierungspräsidium, dem Kreis und dem Land den Willen zeigen, dass man seine Möglichkeiten ausschöpft, indem zuerst einmal die finanziellen Mittel über die Erhöhung von lokalen Steuern und Gebühren beschafft werden.

Für einen eventuellen Neubau der Halle wären diese Zuschüsse aus dem Ausgleichsstock sehr wichtig und unbestritten sehr willkommen. Wir von der UWG-FW sind hier aber sehr skeptisch, ob diese Erhöhungen unsere Chancen auf entsprechende Zuschüsse für einen Hallenneubau und andere (zukünftige) Projekte erhöht.

Ferner muss aufgrund der immer noch anhaltenden Pandemie, aber auch aufgrund massiv steigender Kosten, ...ich denke da z.B. nur an die aktuellen Energie- und Stromkostensteigerungen von bis zu 300%..., in den kommenden Jahren möglichst davon abgesehen werden weitere Steuer- und Gebührenerhöhungen in Betracht zu ziehen.

Wenn für Land, Kreis und Regierungspräsidium nun damit nicht ein Wille zur Mitarbeit sichtbar geworden ist, dann werden weitere Erhöhungen in den kommenden Jahren dahingehend auch nicht zu verbesserten Chancen auf Berücksichtigung bei Zuschüssen aus dem Ausgleichsstock führen.

Bei dem **Finanzhaushalt** wird es in und ab 2022 zu großen Veränderungen kommen.

Es müssen Straßenbeleuchtungen ersetzt, Kanalisationen, Regenüberlaufbecken, Teile des Rathauses saniert, der Hochwasserschutz Marrbach und Barbaragarten weiter vorangetrieben werden. Außerdem müssen für eine provisorische Bereitstellung weiterer Kita-Plätze an der KiTa „Hohenstein“ Container angemietet werden.

Ferner soll in 2022 mit dem Umbau des Friedhofsvorbereiches als Ergebnis der „Mehrfachbeauftragung Hindenburgstraße“ gestartet werden.

Hinzu kommen noch hohe Investitionen für die neuen Baugebiete „Schulstraße“ und Bereiche von „Untere Schorteile V“.

Es müssen dafür Grundstücke gekauft und die Erschließungen durchgeführt werden.

Aufgrund der hohen Nachfrage bezgl. Wohnbau- und Gewerbegrundstücken geht die Verwaltung davon aus, dass bereits in 2022 und 2023 mit einem Verkauf von jeweils 50% der Grundstücke entsprechende Einnahmen wieder erfolgen.

Und als weiteres mögliches „Generationenprojekt“ sind für einen möglichen Neubau Hohensteinhalle für 2022 ca. 1 Million € veranschlagt...

Für all diese geplanten Projekte muss laut der Verwaltung im Jahr 2022 eine Kreditaufnahme erfolgen und zudem Geld aus dem Sparstrumpf entnommen werden, so dass Ende 2022 die Schulden der Gemeinde von ca. 900.000€ auf 1,8 Millionen € anwachsen und das Sparbuch von ca. 4,8 Millionen € auf ca. 2,4 Millionen € schrumpfen werden.

Die von der Verwaltung im Haushalts- und Investitionsplan dargestellten Kerndaten sind für uns Mitglieder der „UWG-FW“ Fraktion, so wie sie von Herrn Burger und Herrn Hick dargestellt wurden, nachvollziehbar. Die Zahlen und Kosten werden von der Verwaltung aus unserer Sicht realistisch benannt und kalkuliert sein. Und wie wir in den zurückliegenden Haushalten feststellen konnten, waren diese von der Kämmerei eher vorsichtig als zu optimistisch ausgelegt, und zwar laut Herrn Burger vor allem auch wegen diverser Unsicherheiten und Risiken aufgrund von CORONA.

Es ist lobenswert dass auch bei der Erstellung dieses Haushaltes laut Aussage von Herrn Burger „Zurückhaltung“ gegenüber den prognostizierten Zahlen bei der Steuerschätzung des Bundes in Mai und September 2021 geübt wurde. Außerdem ist es aufgrund der weiterhin bestehenden Unsicherheiten aufgrund CORONA nur zu begrüßen, dass dieser Haushalt laut Herrn Hick so erstellt wurde, dass wir ...Zitat: „...*bei nicht planbaren Veränderungen auch noch Steuerungsmöglichkeiten im Instrumentenkoffer...*“ [haben und] „... *bei Bedarf mit unterschiedlichen Maßnahmen reagieren...*“ können.

Wir denken, diese mögliche Flexibilität ist im Hinblick auf diesen Haushalt und dem ein oder anderen geplanten Projekt, bzw. Thema wichtig.

Dieser Haushalt 2022 ist im Zusammenhang mit dem Investitionsplan sehr stark daran orientiert, dass wir in den kommenden Jahren eine neue Hohensteinhalle bauen wollen.

Wir haben mit mehreren Beschlüssen in den vergangenen Monaten erste Schritte, bis hin zu einem aktuell noch laufenden Planungswettbewerb, für eine neue Halle mehrheitlich demokratisch gefasst.

Gestartet waren wir 2019 mit einer geplanten Investitionssumme von ca. 6.6 Millionen € für dieses Projekt. Doch das hat sich im Laufe der Planungen in den vergangenen 2 Jahren als zu niedrig herausgestellt. Mittlerweile sind hierfür sicherheitshalber bis zu 8 Millionen € eingeplant.

Der abschließende Beschluss zu einer Beauftragung eines Neubaus, also zum Baubeginn, ist aber noch nicht getroffen worden.

Ob die Beauftragung des Neubaus beschlossen wird, hängt letztendlich von verschiedenen Faktoren ab.

- Zuallererst geht es um die Priorität des Projektes. Sollte es notwendig sein, andere Themen, wie z.B. den Erweiterungsanbau der Kita Hohenstein vorzuziehen, dann müssen evtl. für die Halle vorgesehene Investitionen umgeplant werden. Notfalls müssen die Pläne erst mal in der Schublade verschwinden und eine „Notertüchtigung“ der Hohensteinhalle in Betracht gezogen werden.
- Ferner muss die Halle finanzierbar sein und muss unseren Anforderungen entsprechen. Dies beinhaltet auch genehmigte Zuschüsse und Fördergelder in ausreichender Höhe... z.B. aus der Sportstättenförderung oder dem Ausgleichstock. Dies wurde von Mitgliedern des Gemeinderates, unter anderem auch von meinen Fraktionskollegen, von Anfang an als Voraussetzung festgelegt.

Auch wenn wir von der UWG-FW uns für die „umfangreichere Funktionsversion“ einer neuen Halle ausgesprochen hatten, bedeutet das nicht, dass wir eine Finanzierung außerhalb der festgesetzten Kostengrenze und ohne entsprechende Fördermittel „auf Teufel komm raus“ unterstützen werden.

Herr Hick ging in seiner Rede am 14.12. auf mehrere großen Aufgaben ein, welche wir aktuell haben, bzw. in Angriff nehmen müssen.

Wohnbaugebiete „Schulstraße“ und „Barbaragarten 2“ und Erweiterung Kindergartenplätze durch Zubau an Kita Hohenstein.

Dann Gewerbeentwicklung und Erschließung Teilbereich des Gewerbegebietes „Untere Schorteile V“.

Und dann noch die bereits erfolgreich gestartete „Städtebausanierung“ (Rückbau Hindenburgstraße).

Und wie schon erwähnt: Der mögliche Neubau der Hohensteinhalle.

Wir gehen mit der Verwaltung mit, dass wir diese Themen angehen und auch weiterverfolgen. Denn diese Projekte sind wichtig für unsere Zukunft.

Wir stellen aber die Frage, ob es nicht notwendig ist, im Zusammenhang mit den geplanten Investitionsumfängen bis 2025 und den in den vergangenen Monaten erfolgten Entwicklungen nochmals eine Priorisierung zumindest der wichtigsten Themen durchzuführen und eventuell diverse Investitionen vorziehen, bzw. zurückstellen.

Gewerbeentwicklung:

Unsere Planungen in Kooperation mit anderen Kommunen **„interkommunale“ Gewerbegebiete** aufzubauen, drohen komplett zu scheitern.

Der „Gewerbepark Lautertal“ wurde durch Bürgerentscheid in Donzdorf bereits „zu Grabe getragen“.

Machen wir uns nichts mehr vor. „IKG Auen“, unser mit Süßen geplantes Gewerbegebiet, wird auch scheitern. Die Pläne der Süßener bezgl.

Gewerbeflächen gehen mittlerweile in eine ganz andere Richtung.

Ferner müssen die Süßener nun das Wohnbaugebiet „Rabenwiesen“ weiter erschließen und somit unerwünschten „Flächenverbrauch“ betreiben, um die Finanzierung ihres geplanten „Schul-Campus“ für ca. 25 Millionen Euro absichern zu können. Da wird das mit uns Gingenern vereinbarte Industriegebiet „IKG-Auen“ auf der Strecke bleiben. Ungeachtet unserer Bedürfnisse und Notwendigkeiten.

Wir in Gingen sind seit Jahren der Ansicht, dass es wichtig ist gerade **jetzt neue Gewerbegebiete** zu schaffen, um auch neue Gewerbe und neue Technologien hier bei uns anzusiedeln. Der Bedarf ist da. Und die Notwendigkeit Arbeitsplätze zu sichern und zu schaffen und auch dadurch dauerhaft weitere Steuereinnahmen zu generieren. Deshalb müssen wir uns beim Scheitern der interkommunalen Gewerbegebiete auf unsere eigenen Möglichkeiten konzentrieren und diese vorantreiben.

Das bedeutet für uns, die Fraktion der UWG-FW:

Die Möglichkeiten für „Untere Steingrube“ und unseren Anteil an „IKG-Auen“ zur Aufnahme im Flächennutzungsplan 2035 zu untersuchen und das Gebiet „Untere Schorteile“ parallel voranzutreiben.

Unser Bürgermeister Herr Hick scheint bei diesem Thema mit uns, der UWG-FW Fraktion, gleicher Meinung zu sein. Zumindest war es so aus dem SWP-Artikel „*Gingen setzt verstärkt auf eigene Gewerbeflächen*“, vom Samstag, 22.01., herauszulesen.

Für 2022 ist von der Verwaltung die Erschließung eines Teils der „Untere Schorteile V“ finanziell eingeplant, damit die Grundstücke vorzugsweise von interessierten Gingenener Betrieben schnellstmöglich gekauft und genutzt werden können.

Diese geplanten Schritte zum Thema „Gewerbeentwicklung“ gehen uns, der UWG-FW, für dieses Jahr nicht weit genug.

Wir sind der Ansicht, dass die weitere **Erschließung der „Untere Schorteile“** aufgrund der letztjährigen Entwicklungen umfangreicher vorangetrieben werden muss, um dann in einigen Jahren die Möglichkeit zu haben das Gewerbegebiet weiter zu erschließen.

Im Zuge dieser Planungsmaßnahmen, sei auch nochmals der Hochwasserschutz Marrbach angesprochen.

Eine mögliche weitere Erschließung kann nur erfolgen, nachdem das restliche Gelände nicht mehr als „HQ100“ (Jahrhunderthochwasser-) Überflutungsgebiet gilt. Dies ist erst erreicht, sobald der **Hochwasserschutz „Marrbach“** umgesetzt ist.

Wir benötigen diesen Hochwasserschutz dringend für die bestehenden, an den Marrbach angrenzenden bestehenden Wohn-, Landwirtschafts-, sowie Gewerbegebäude und -gebiete Richtung „Langer Lauch“, um diese für den Notfall (auf Basis der Hochwassergefahrenkarte des Landes Baden Württemberg) gegenüber einem „HQ 100“ Ereignis abzusichern.

Die Planungen hatten sich ungewollt verzögert, so dass weiterhin der Schutz der o.g. Anlieger (Donzdorfer Straße, Brunnenstraße, usw..) nicht wie geplant umgesetzt werden konnte.

Doch das hat für uns, die UWG-FW, jetzt deutlich höhere Priorität.

Wir stellen deshalb den Antrag, diese Maßnahme beschleunigt zu bearbeiten und Maßnahmen und Gelder, welche für 2023 – 2025 geplant sind, zumindest jeweils um 1 Jahr früher einzuplanen.

Das bedeutet aber auch, dass wir in 2022 beginnen müssen, „**Untere Steingrube**“ und „**Auen**“ parallel zur Erschließung „Untere Schortelle V“ in Angriff zu nehmen.

Wir sollten deshalb in 2022 beginnen diese Gebiete in den „Flächennutzungsplan 2035“ aufnehmen zu lassen und eine Bebauungsplanung für beide Gebiete in Auftrag geben.

Auch wenn wir nicht die Absicht haben, 3 neue Gewerbegebiete einzurichten, so haben wir aber dann doch die Grundlage geschaffen, flexibel in unseren weiteren Erschließungsplanungen zu bleiben...und unabhängig von den internen Strömungen und Querelen unserer kommunalen Nachbarn.

Wohnbauentwicklung

Der Bedarf an Wohnraum verschärft sich von Jahr zu Jahr.

Immobilien-, Grundstückspreise und Mieten steigen stetig an und die Menschen suchen zunehmend außerhalb der Ballungszentren und Städte bezahlbaren Wohnraum. Aber auch viele Gingenener suchen Grundstücke für das Eigenheim.

Da „Marrbacher Öschle“ für all die Bedarfe nicht mehr ausreicht und die Gemeinde zudem auch Erträge generieren muss um die Projekte, wie z.B. Ortskernsanierung, Kindergartenerweiterung, mögl. Hallenneubau finanziell stemmen zu können, wurden in den vergangenen 2 Jahren die Planungen für „Schulstraße“ und „Barbaragarten 2“ soweit vorangetrieben, dass in 2022 die Erschließung von „Schulstraße“ für ca. 1 Million Euro durchgeführt werden soll, während dann „Barbaragarten 2“, aufgrund der bereits seit Jahren darauf wartenden Anlieger und Eigentümer, direkt nachfolgen soll.

Auch wenn es in der Art der Wohnbebauung im Gemeinderat unterschiedliche Meinung gab, so soll die Bebauung der „Schulstraße“ schnellstmöglich erfolgen. Wir von der UWG-FW erwarten aufgrund der nahen Lage zur Schule, zum Kindergarten und zu den Sportstätten einen verstärkten Zuzug durch Familien.

Herr Hick hatte bereits in seiner Rede darauf hingewiesen, dass wir in 2021 schnell und erfolgreich eine Erweiterung des Natur- und Waldkindergarten durchgeführt hatten, um Kindergartenplätze zu schaffen.

Er hat aber auch darauf hingewiesen, dass es trotzdem aktuell noch an weiteren Plätzen fehlt.

Mit der **Bebauung „Schulstraße“** werden in den kommenden Jahren noch weitere Kinder für Kindergarten und Grundschule dazukommen.

Kalkulationen wie sich Geburtenraten entwickeln sind schwierig und viele Kommunen, auch wir in Gingen, hatten in den vergangenen Jahren feststellen müssen, dass statistisch errechnete Geburtenzahlen sehr vorsichtig behandelt werden müssen.

Die Verwaltung und der Gemeinderat hatten vor Jahren in „weiser Voraussicht“ beim Neubau der „Kita Hohenstein“ zusätzliche Erweiterungsmöglichkeiten durch Anbau mit eingeplant.

Die Verwaltung plant nun als schnelle Lösung mit Containern Kindergartenplätze an der Schulstraße bereitzustellen, um dann die Planung des Anbaus in Ruhe zu starten. Geplant ist die Umsetzung in den nächsten 3-4 Jahre.

Wir, die UWG-FW, sind der Meinung, dass dieses Thema priorisiert und mit Hochdruck angegangen, und Planung und Erstellung schnellstens durchgeführt werden müssen. Die Verwaltung soll nochmals prüfen, wie schnell es möglich ist, den Anbau durchzuführen, zumal dies planerisch ja bereits im alten Bauplan berücksichtigt sein müsste. Notfalls müssen dann zur vorgezogenen Finanzierung die von Herrn Hick angesprochenen „Steuerungsmittel aus dem Instrumentenkoffer“ herangezogen werden. Wie diese aussehen können, ist noch zu klären.

Dabei muss abgewogen werden, ob eine höhere Priorität auf der Sporthalle oder auf den zu erweiternden Kindergarten an der Hohensteinschule liegt. Die Priorität ist auch abhängig von den Zu- oder Absagen zu den beantragten Zuschüssen für eine neue Halle, sowie den Mietkosten für die KiTa-Container.

Ortsgestaltung und -entwicklung

Die Pandemie hat es uns in den vergangenen 2 Jahren gezeigt.

„Raus aus den eigenen 4 Wänden“, so oft es geht, ist wichtig für die Menschen. Aber was tun, wenn man stark eingeschränkt ist in der Reisefreiheit, wenn Fitness-Center und Treffpunkte geschlossen oder nur unter strengen Auflagen nutzbar sind.

Plötzlich sind die Wege auf dem Gemeindegebiet besonders gefragt,

Erholungsbereiche und Aufenthaltsorte wie das Vis à Vis werden stark genutzt und sind besonders gefragt für die Bewegung, Erholung und Entspannung.

Es hat sich gezeigt, dass Aufenthaltsbereiche, Parkanlagen, Naherholungsplätze im Gemeindegebiet sehr wichtig für die Menschen sind und auch entsprechend genutzt werden.

Die Pandemie ist immer noch nicht vorüber und wir wissen nicht, wie lange es noch so weitergeht ... oder wann erneut eine solche Ausnahmezeit auftreten kann.

Deshalb ist es wichtig, dass für die Bevölkerung Aufenthalts- und Naherholungsanlagen in der Gemeinde in einem sehr guten Zustand sind, bzw. in einen sehr guten Zustand gebracht werden.

Wir beantragen deshalb, dass in 2022 intensiv an der Instandsetzung, Instandhaltung und Pflege von Sitzgelegenheiten, Spielgeräten (Z.B.: Boule-Bahn, Fitnessgeräten), und an einer endlich funktionierenden Ersatzlösung für die Wasserpumpe am Vis à Vis gearbeitet wird. Dazu zählen auch die Grünanlagen, Bepflanzungen, Beleuchtungen, Beschattungen, Wege (z.B. auch die Pflasterbeläge) und auch die Aussichtspunkte im Gemeindegebiet.

Wir können uns auf ein neues tolles Angebot für unsere Gemeinde freuen... einen neuen „**Wald erlebnis**pfad“. Wir hoffen, dass der von engagierten Gängern ausgearbeitete Entwurf baldmöglichst umgesetzt werden kann und dann den Einwohnern, Wanderern und Besuchern zur Verfügung steht. Vielleicht findet sich dort auch noch ein Plätzchen für eine Grillstelle. Es wäre wünschenswert, wenn sich Sponsoren finden, welche sich an dem Aufbau und den Kosten beteiligen. Eventuell könnte ein Spendenkonto eingerichtet werden für Unterstützer innerhalb und außerhalb der Gemeinde.

Auch der **Friedhof** ist, vor allem in schwierigen Zeiten, ein wichtiger Ort der Begegnung, der Besinnung und Trauer innerhalb der Gemeinde. In den vergangenen Jahren wurden bereits einige Investitionen getätigt, um z.B. die Friedhofsmauer an verschiedenen Stellen wieder originalgetreu herzustellen. Ferner wurde die alte Orgel ersetzt. Nun soll als eines der Ergebnisse aus dem Wettbewerb zur Neugestaltung entlang der Hindenburgstraße der Friedhofsvorplatz umgebaut werden. Dafür sind in 2022 im Haushalt für 500.000€ eingeplant.

Wir von der UWG-FW sind der Meinung, dass es parallel zu diesem Projekt naheliegend und notwendig ist, wenn der Friedhof intensiv aufgearbeitet und optisch und funktional wieder aufgewertet wird. Wege, Begrünung, Wasserstellen, Sitzmöglichkeiten, technische Einrichtungen und Sammelbereiche müssen dabei berücksichtigt werden. Auch wenn wir es jahrelang versäumt hatten die Friedhofsgebühren zu erhöhen und dies nun nachgeholt haben, muss es trotzdem nun zügig sichtbar werden, wofür die Gebühren erhöht wurden.

In Zusammenhang mit der Aufarbeitung des Friedhofs sollte das Angebot für Urnengräber erweitert werden. Z.B. in Form einer „Urnengemeinschaftsgrabanlage“, wie sie in Kuchen existiert, die von einer Arbeitsgemeinschaft (ARGE) mehrerer Landschaftsgärtner gestaltet und gepflegt wird.

Die Kosten für Erstellung, und Pflege könnte zwischen Angehörigen und Landschaftsgärtner/n direkt vertraglich geregelt werden. Die Gemeinde erhält eine "Grundpacht" für die Urnengrabanlage.

Die Verwaltung hat einen ersten Vorschlag zur Erweiterung der Angebote für Urnengräber ja bereits zur Kenntnis bekommen und will sich damit beschäftigen.

Wie bereits soeben erwähnt, die geplante Umgestaltung des Friedhofvorplatzes ist ein Ergebnis aus dem Wettbewerb zur Ortskernsanierung „Hindenburgstraße“.

Das Projekt zur Ortskernsanierung läuft seit ca. 3 Jahren erfolgreich. Einige Anwohner konnten bereits ihren Nutzen daraus ziehen, ihre Häuser umfangreich renovieren, oder nach vorangegangenem Abriss, komplett erneuern. Im Rahmen der Mehrfachausschreibung zu dem Projekt wurde ein toller Entwurf entwickelt, wie sich auch die Hindenburgstraße nach einem Rückbau in den kommenden Jahrzehnten zu einem lebenswerten Teil der Gemeinde verändern kann.

Doch solche Sanierungsmaßnahmen allein reichen nicht aus, um den Ortskern zukünftig mit „Leben zu füllen“ und Lebensqualität zu schaffen. Dafür benötigt es auch Handel, Gewerbe und Gastronomie.

In den vergangenen 20 -30 Jahren hat Gingen einen Großteil seiner **vielfältigen gastronomischen Betriebe und kleinen Geschäften** verloren.

Neben den Vereinsheimen und den gemeindlichen Angeboten, sind gastronomische Betriebe und Einkaufsläden wichtige Orte des gesellschaftlichen und gemeinschaftlichen Lebens und Austausches.

Gastronomiebetriebe sind ferner wichtig für Durchführung festlicher Anlässe, wie Hochzeiten, Taufen, Kommunionen und Konfirmationen und auch für den gemeinsamen Abschluss von Traueranlässen.

Eine gesunde, sich weiterentwickelnde Gemeinde benötigt neben den Industriebetrieben auch entsprechend vielfältig Einzelhandel und Gastronomie. Wenn wir uns Gedanken zu Kultur, Gemeinschaft und (Naherholungs-) Tourismus in unserer Gemeinde machen, und Projekte zur Sanierung und Aufwertung des Ortskerns als Lebens- und Begegnungsraums durchführen, ist es zwingend notwendig über Erhalt, bzw. Ansiedelung von Einzelhandel und Gastronomie nachzudenken.

Doch damit ist es noch nicht getan.

Noch im Dezember wurde, gegen die Stimmen der UWG-FW, im Gemeinderat beschlossen die Gewerbesteuer zu erhöhen. Wir waren und sind der Meinung, dass dies ein falscher Schritt und vor allem dass es der falsche Zeitpunkt war. Wegen der anhaltenden Pandemie kaufen die Menschen immer stärker im Internet ein ... und immer weniger in den Geschäften im Ort und in der Region. Wir, die UWG-FW sehen eine Verpflichtung bei der Gemeinde, aber auch bei jedem einzelnen Einwohner, diesem Trend des Online-Einkaufs entgegenzuwirken.

Einerseits, um den verbliebenen Handel zu stärken, Strukturen, welche über Jahrhunderte entstanden sind, zu erhalten und zum anderen, um den großen Internet-Anbietern, welche zum Teil in Deutschland keine Steuern zahlen und unsoziale Arbeitsbedingungen vorhalten, nicht noch weiter Vorschub zu leisten. Wir dürfen nicht zulassen, dass auch die letzten verbliebenen Geschäfte und Gastronomiebetriebe mangels Kunden schließen.

Als eine erste Aktion schlagen wir vor, dass sich die Gemeinde Gingen an der Solidaritätsaktion „**Lokal gewinnst Du!**“ des Kreises beteiligt.

Wir stellen auch den Antrag, dass in **einem Workshop mit dem Gewerbeverein und interessierten Bürgern ein Konzept zu Erhalt und Neuansiedelung von Kleingewerbe, Handwerk, Einzelhandel und Gastronomie** erarbeitet wird.

Es können z.B. auch Fachleute hinzugezogen werden. (Z.B. zum Thema „Gastronomie“ Dozenten der "DEHOGA Akademie - GastroLernwelt" aus Überkingen).

Die Verwaltung möchte erst nach Ende der Pandemie dieses Thema aufgreifen. Wir, die UWG-FW vertreten aber die Meinung, dass jetzt damit begonnen werden muss, um ein Konzept bereits zum hoffentlich baldigen Ende der Pandemie parat zu haben.

Wir von der UWG-FW sind auch der Meinung, dass wir mit unseren Überlegungen und unserem Antrag zu diesem Zeitpunkt nicht falsch liegen. Wie in der Südwestpresse am vergangenen Samstag zu lesen war, startet in Geislingen zu diesem Thema nun ein Pilotprojekt welches von der IHK Region Stuttgart, mit Unterstützung des Wirtschaftsministeriums, ins Leben gerufen wurde und begleitet wird. Geislingen ist eine von 5 Pilotkommunen in diesem Programm.

Hier geht es genau darum, ein solches Konzept vor allem für die Zeit nach der Pandemie vorbereitet zu haben. In dem Artikel wird zu dem Projekt die Aussage getroffen, ... dass schon jetzt gilt, Zitat: „... *den Handel, die Gastronomie und die Veranstalter auf die Zeit nach Corona vorzubereiten.*“

Allgemeines

Unter diesem Punkt „Allgemeines“ möchte ich noch auf ein paar wenige Themen eingehen, die uns in der Fraktion beschäftigen und zu denen wir auch Anträge gestellt haben.

Wir hatten im Gemeinderat schon einmal einen Antrag gestellt, dass die **Beleuchtung an der Dammstraße** aufgebaut werden sollte.

Von der Verwaltung wurde darauf verwiesen, dass es mit der weiteren Erschließung des Marrbacher Öschle dann umgesetzt werden soll. Wegen der andauernden Rechtsverfahren der Gemeinde mit Anwohnern kommen solche geplanten Maßnahmen nicht voran. Das kann eventuell noch mehrere Jahre andauern.

Die Bahnfahrenden Erwachsenen und Kinder und die Anwohner benötigen aber sobald als möglich, zumindest auf Länge des aktuell bebauten Marrbacher Öschle, die Ausleuchtung dieses wichtigen Zu- und Abweges zur Bahnhaltestelle (ÖPNV-Haltestellen). Die Kosten müssten eigentlich bei den geplanten Ausgaben für Straßenbeleuchtungen, zumindest für 2023 oder 2024 eingeplant sein und dann in diesem Produktbereich zeitlich „umgeplant“ werden.

Als wir in Vorbereitung zu dem gerade angesprochenen Punkt unsere Aufzeichnungen durchforscht haben viel uns auf, dass es doch in den vergangenen Jahren einige **Anträge der Fraktionen gab, welche beschlossen, aber seither nicht oder nur zum Teil umgesetzt wurden.**

Es ist aus unserer Sicht für die Verwaltung, den Gemeinderat und die Einwohner belastend, wenn Umsetzungen beschlossener Anträge zu lange andauern, bzw. zurückgestellt und geschoben werden (müssen).

So kann es nicht sein, dass immer noch kein Vordach am Eingang der Hohensteinschule angebracht ist oder der Aufbau der 3-4 WLAN-Hotspots nicht weitergeht.

Wir beantragen deshalb zum einen, dass die noch nicht abgeschlossenen, bzw. umgesetzten Beschlüsse baldigst umgesetzt werden. Die Kosten, bzw. die Gelder müssten eigentlich über die Jahre in die nächsten Haushalte übernommen und somit auch für eine mögliche Umsetzung in 2022 berücksichtigt worden sein.

Zum anderen soll die Verwaltung in einer der nächsten Gemeinderatssitzungen eine Auflistung präsentieren, zu welchem Prozentsatz beschlossene Anträge (bis 2021 beschlossen) umgesetzt sind, wo Probleme bestehen und dann auch

eine Planung vorlegen, bis wann die restlichen Maßnahmen abgeschlossen werden sollen.

Es soll ferner zukünftig halbjährlich von der Verwaltung ein Status über den Stand beschlossener Anträge im Gemeinderat vorgetragen werden.

Des Weiteren möchte ich im Namen der „UWG-FW“ Fraktion noch das leidige Thema "**strukturschwacher ländlicher Raum**" ansprechen.

Seit Jahrzehnten schafft es die Gemeinde Gingen nicht für Projekte diverse Gelder/Zuschüsse, wie z.B. aus dem sogenannten "Ausgleichstock" zu bekommen. Dieser dient der Unterstützung „leistungsschwacher Gemeinden“. Auch zum Thema eines möglichen Neubaus der Hohensteinhalle hat die Verwaltung Anträge gestellt, um Gelder aus dem Ausgleichstock und andere Zuschüsse zu erhalten.

Während unsere Nachbargemeinde Kuchen regelmäßig Zuschüsse aus dem Ausgleichstock erhält, wurde die Gemeinde Gingen in den letzten Jahrzehnten bei keinem Antrag berücksichtigt.

Laut der Verwaltung liegt dies anscheinend daran, dass zwischen Gingen und Kuchen eine Grenze verläuft. Diese Grenze definiert, dass ab Kuchen das Filstal hinauf als „strukturschwacher ländlicher Raum“ gilt und Kommunen in diesem Bereich somit leichter an solche Art Zuschüsse kommen.

Diese Abgrenzung wurde nach unserer Recherche wahrscheinlich zuletzt 2002 mit dem Landesentwicklungsplan (LEP) getroffen. Die Grenzziehung erfolgte vermutlich damals willkürlich aufgrund geografischer Gegebenheiten.

Da aber laut LEP [Aus 2.1.1. / Seite 57] Gingen ebenso wie Kuchen zum Verdichtungsraum Stuttgart gehört, stellt sich die Frage, ob hier Gingen seit Jahren „ungerecht behandelt“ wird.

Die Meinung der UWG-FW Fraktion ist, und dazu wurde von uns ein Antrag gestellt, dass von der Verwaltung geprüft werden soll, welche Bedingungen erfüllt sein müssen, um zum "strukturschwachen ländlichen Raum" zugeordnet zu werden. Es muss von der Verwaltung geprüft werden, ob /wie diese Bedingungen erfüllt werden können, bzw. ob Gingen aufgrund aktuell geltender Bewertungskriterien dazu gehören müsste.

Zum Schluss noch ein paar Sätze zum Nachdenken.

Wie in den vergangenen Jahren stehen auch 2022 und in den Folgejahren wieder **viele Aufgaben, Projekte und Themen** an, welche von uns Allen bearbeitet und bewältigt werden müssen.

Hinzu kommen die oft Arbeiterschwerenden Regelungen der CORONA-Pandemie.

Die Verwaltungsmitarbeiter/innen, der Gemeinderat und andere Beteiligte sind, auch aktuell zusätzlich durch Corona, unter Dauerüberlastung.

Es bringt uns nichts, wenn die Mitarbeiter unserer Gemeinde und auch wir ausbrennen und die Aufgaben nicht mehr mit vollem Engagement und voller Aufmerksamkeit bearbeiten können.

Wir behandeln immer mehr Themen...unserer Meinung nach mittlerweile zu viele Themen.

Und es wird für uns als ehrenamtliche Gemeinderäte immer schwieriger und zeitaufwändiger die Zusammenhänge, Abhängigkeiten, Folgen, Konsequenzen und Notwendigkeiten der Themen und Beschlüsse nachzuvollziehen und im Blick zu behalten.

Deshalb sollten wir uns überlegen, die Dringlichkeit der Themen (*zukünftig*) neu zu bewerten, manche Themen, auch wenn Zuschüsse in Aussicht gestellt werden, auch mal zurückzustellen und die dringlichsten Themen zuerst zu erledigen. Förderprogramme gibt es immer wieder.

Sehr geehrte Anwesende, liebe „Gengamer“

Im Namen meiner Fraktion, der UWG-FW, möchte ich mich zuerst bei Ihnen, unseren Gemeinderatsmitgliedern für die engagierte Arbeit im vergangenen Jahr bedanken. Wir sind wieder gespannt darauf, die aktuellen und kommenden Themen und Projekte weiterhin gemeinsam, demokratisch und respektvoll im Gremium diskutieren und beschließen zu können.

Ich danke auch Ihnen Herr Hick und Ihnen Herr Burger persönlich und als Stellvertreter für die Mitarbeiter/innen in Verwaltung und in anderen Bereichen der Gemeinde für die engagierte Arbeit im vergangenen Jahr. Tägliche Änderungen durch Coronavorgaben und somit auch Änderungen der Arbeitsweisen und-möglichkeiten haben sie Alle zu immensem Mehraufwand, zu kreativen und situativen Lösungen gezwungen. Der Frust und die Corona-Müdigkeit unserer Mitmenschen mag da auch noch manche Situation zusätzlich belastet haben.

Aber sie haben das wieder mit Bravour gemeistert.

Und zum guten Schluss möchte ich mich bei allen Mitmenschen bedanken, die ehrenamtlich, in Eigeninitiative oder im Verein das Bestmögliche geleistet haben, um uns „Gengamer“ möglichst viele Angebote und Hilfen zu bieten.

Im Namen der „UWG-FW“-Fraktion... Danke für Ihre Aufmerksamkeit

Bernd Groeneveld

(Fraktionsvorsitzender der „UWG-FW“)